

Kommentar

Dagmar Behme

zur Offenlegung von Agrarsubventionen

Neiddebatten

Neid ist die deutsche Form der Anerkennung. Traditionell zeigen die meisten Germanen ungerne, was sie leisten und besitzen, und Lob erzeugt oftmals eher Schamesröte als uneingeschränkte Freude. Die Neid-Diskussion, die derzeit Agrarier befürchten, wenn es um die Offenlegung der aus Brüssel fließenden Subventionen geht, hat allerdings mit Mentalität weniger zu tun. Denn die Kopplung dieser Agrarsubventionen an die Leistung ist nicht von vornherein ersichtlich. Es fällt zunehmend schwerer, den Brüsseler Geldsegen zu legitimieren. Genau deswegen kommt Druck aus der EU-Hauptstadt.

Im EU-Agrarhaushalt ist jährlich eine Größenordnung von 44 Mrd. € für Direktzahlungen und Marktstützung vorgesehen, ergänzt durch rund 12 Mrd. € für die ländliche Entwicklung. Zusammen machen diese Zahlungen etwa 45 Prozent des gesamten EU-Budgets aus.

Die mit Abstand meisten Euros fließen nach wie vor nach Frankreich, gefolgt von Spanien und Deutschland. Mehr Transparenz mahnt deswegen EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel an. Sie möchte sämtliche Empfänger von Zuwendungen aus dem EU-Agrarhaushalt auf einer Website im Internet veröffentlicht sehen. Hintergedanken sind offensichtlich: Die Kommission sucht nicht nur nach Wegen, die Subventionen gerechter an den Landwirt zu bringen, sondern gleichzeitig nach Möglichkeiten für Einsparungen. In diesen Zusammenhang gehört zum Beispiel die andauernde Diskussion um Obergrenzen. Druck kommt auch von der Öffentlichkeit, in Brüssel derzeit in Gestalt der Organisation Farmsubsidy.org⁸, die – unterstützt unter anderem durch den Europäischen Sozialfonds – akribisch im Internet auflistet, wer die Empfänger von Agrarsubventionen sind. Die Organisation ist bereits sehr erfolgreich. Gutes Datenmaterial liegt aus Dänemark, den Niederlanden und Schweden vor. Hinzu kommen acht EU-Länder, in denen bereits teilweise aussagekräftige Daten gesammelt worden sind. Dazu gehören unter anderem Frankreich und das Vereinigte Königreich sowie aus den neuen EU-Ländern Slowenien und Tschechien. Dagegen verweigern Länder wie Deutschland, Österreich und Polen jegliche Offenlegung ihrer Daten. Sie sind, wie die Liste zeigt, allerdings in der Minderheit.

Der Deutsche Bauernverband (DBV) argumentiert gegen eine solche Offenlegung von Agrarsubventionen, dass schon jetzt Transparenz gegeben sei. EU-Zahlungen seien kein Geheimnis, und es könne recht einfach errechnet werden, welcher Landwirt wie viel erhält. Der DBV weist stattdessen darauf hin, dass es in Deutschland Empfindlichkeiten bei der Veröffentlichung von persönlichen Daten gebe und beschreibt gar eine Gefahr für den Datenschutz. Dieses Argument ist reichlich fadenscheinig, denn keinesfalls sollen künftig persönliche Daten veröffentlicht werden, sondern nur Daten, die das unternehmerische Handeln von Landwirten betreffen. Was der DBV tatsächlich fürchten kann, ist eine Neiddebatte, wenn künftig eine Liste der Top-Empfänger von Agrarsubventionen für jedermann am heimischen PC einzusehen ist.

Solcher Neid prägt allerdings schon lange die agrarpolitische Diskussion in Deutschland. Nur mühsam lassen sich Interessenkonflikte zwischen großen und kleinen Betrieben zudecken, um ein einheitliches agrarpolitisches Leitbild zu entwickeln. Dabei wäre es so schön, künftig in solch einem Konzept mehr als bisher das Wort Leistung zu finden, als eine Fortschreibung immerwährender Bedürftigkeit. Dann bräuchten auch die deutschen Landwirte eine Neiddiskussion nicht zu fürchten.

14. August 2006
